

2. Wortmeldung
von Mathias Mund (BFF-BIG-Fraktion im Römer)
zu den Tagesordnungspunkten 7 + 8
der außerordentlichen Plenarsitzung der STVV vom 08.09.21

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
werte Kolleginnen und Kollegen,

vielleicht haben Sie ja gegrübelt, welche Personalie ich im zweiten Teil meiner Rede zu diesem Tagesordnungspunkt ansprechen werde und ich möchte Sie an dieser Stelle auch nicht länger auf die Folter spannen.

Daher führe ich Sie jetzt auf einer kurzen Zeitreise direkt zurück in die denkwürdige Sitzung des Ausschusses für Bildung und Integration der Stadt Frankfurt vom 5. November 2007, dem Frau Dr. Nargess Eskandari-Grünberg seinerzeit für die Grünen angehörte. Sie ist ja bekanntlich heute Kandidatin der Koalition für das Amt der Bürgermeisterin unserer Stadt.

Diese Sitzung war einer der Tiefpunkte im damals tobenden Streit um den seinerzeit geplanten Neubau der Hazrat-Fatima-Moschee in Hausen. Wie die meisten von Ihnen wissen, war dieser „Hausener Moscheestreit“, wie er in die Geschichte Frankfurts eingegangen ist, mein politisches Erweckungserlebnis und hat mich letztlich in die Kommunalpolitik unserer Stadt geführt.

Die Frankfurter Rundschau hat das 2017 - also exakt 10 Jahre später - zum Anlass genommen um Frau Dr. Eskandari-Grünberg und mich als die in der Stadtpolitik verbliebenen maßgeblichen Protagonisten in diesem Moscheestreit zu porträtieren.

Letztlich war es die Ignoranz und die Überheblichkeit der damals verantwortlichen Kommunalpolitiker, einschließlich Oberbürgermeisterin Petra Roth, mit der diese den betroffenen Bürgern im Stadtteil gegenübertraten, die in mir seinerzeit die Überzeugung reifen ließen, daß Politik anders, nämlich besser gestaltet werden kann und muss.

Zurück also zu der von mir bereits erwähnten Ausschusssitzung vom 5. November 2007, in der etwa 30 bis 40 Bürger zum Tagesordnungspunkt des Baus einer - nach damaligem Stand - dritten Moschee in ihrem kleinen Stadtteil in die Bürgerfragestunde gekommen waren.

Ich war einer der Besucher und damit Augen- und Ohrenzeuge.

Einem Bürger, der sich - bereits in aufgeheizter Stimmung - kritisch zu dem Moscheebauvorhaben äußerte - entgegnete Frau Dr. Eskandari-Grünberg seinerzeit „Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen.“ Die Frankfurter Rundschau berichtete unter dem Titel „Wie eine Gebetsmühle“ am 13.11.2007: „Mit dieser Äußerung provozierte Nargess Eskandari-Grünberg (Grüne) eine Welle der Empörung.“

Die Empörung war tatsächlich so groß, daß die Bürger auf deren Äußerung hin unter Protest geschlossen die Ausschusssitzung verließen. Eine von Ihnen fand noch den Lichtschalter des Sitzungssaals „Silberberg“ und rief laut „Und der letzte macht das Licht aus!“, quasi die unmissverständliche und aus damaliger Sicht auch adäquate Antwort auf die Äußerung der

Grünenpolitikerin, woraufhin die Ausschußmitglieder zunächst einmal im Dunkel von der erzürnten Bürgerschaft zurückgelassen wurden.

In dem bereits erwähnten Porträt der FR zum 10-jährigen Jahrestag dieses Moscheestreits habe ich bereits konstatiert, daß die Debatte - würde sie heute geführt - wahrscheinlich anders und auch konstruktiver geführt würde.

Was ich jedoch nach wie vor kritisiere, ist die Tatsache, daß sich Frau Dr. Eskandari-Grünberg bis heute nicht für ihre damals im Ausschuß - sicherlich auch in der Hitze des Wortgefechts - getätigte Äußerung „Wenn Ihnen das nicht passt, müssen Sie woanders hinziehen“ entschuldigt hat.

Stattdessen hat sie - da trifft der Titel des von mir erwähnten Frankfurter Rundschau Artikels vom 13.11.2007 - gebetsmühlenartig versucht, diese zu relativieren und zu rechtfertigen.

Und - damit komme ich jetzt zum Wahlvorschlag der Grünen für das Amt der Bürgermeisterin: Wer meint, kommunalpolitische Probleme dadurch lösen zu können, daß er Bürgerinnen und Bürgerinnen zum Wegzug aus unserer Stadt auffordert, hat sich für das Amt des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin disqualifiziert, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Natürlich ist Migration eine Tatsache in dieser Stadt, und diese gilt es zu gestalten. Das muss jedoch nicht zwangsläufig heißen, eine Konglomeration von Moscheen in einem kleinen Stadtteil zuzulassen, insbesondere dann nicht, wenn dadurch der gesellschaftliche und soziale Frieden in der Nachbarschaft in Gefahr geraten.

Zumal die Stadtpolitik - damals maßgeblich Schwarz-Grün - seinerzeit in fataler Weise falsch damit lag, das Bauvorhaben der Hazrat-Fatima-Moschee so blind und blauäugig zu unterstützen.

Wie sich nämlich herausstellte, hatte deren Imam nicht nur auf dem Al-Quds-Tag in Berlin antisemitische Parolen gerufen, sondern nahm auch noch auf einer anderen Demonstration in Berlin teil, wo solch hässliche Parolen wie „Juden ins Gas“ gerufen wurden.

Diese antisemitischen Parolen fanden sich dann auch in einer Freitagspredigt in seiner Gemeinde wieder, sodass er zurücktreten musste, ohne dass sich diese Moschee-Gemeinde jemals von diesem Imam distanzierte. Was dann letzten Endes dazu führte, daß die Frankfurter Jüdische Gemeinde ihre Mitgliedschaft im Rat der Religionen vorübergehend ruhen ließ.

Hinzu kam dann noch, daß bei der Grundsteinlegung zu diesem Moscheebau - neben den Verantwortlichen aus Magistrat und den Honoratioren unserer Stadtgesellschaft - der Ayatollah Dr. Reza Ramezani vom IZH Hamburg, das sich unter Beobachtung des Hamburger Verfassungsschutzes befindet, höchstpersönlich zugegen war.

Dass damals eine Oberbürgermeisterin Petra Roth sogar für eine solche radikal-schiitische und Ayatollah-hörige Moschee-Gemeinde auf die Straße gegangen ist, kann unter Kenntnis dieser Tatsachen aus heutiger Sicht nur noch Kopfschütteln verursachen, ebenso wie die Unterstützung durch die heute zur Wahl stehende Dr. Eskandari-Grünberg, insbesondere im Hinblick auf deren eigene Vita.

Zumal die Hazrat-Fatima-Moschee auch heute, 14 Jahre später, noch nicht fertiggestellt ist und eine hässliche Bauruine den Fischsteinkreisel in Hausen verunstaltet.

Wir werden die Wahl von Frau Dr. Eskandari-Grünberg am heutigen Tag nicht verhindern können. Daher bleibt uns nur, an die zukünftige Bürgermeisterin unserer Stadt zu appellieren, den Fehler aus der Vergangenheit einzuräumen und zukünftig für eine echte Einheit unserer Stadtgesellschaft - in der ihr eigenen Vielfalt – einzutreten, anstatt Probleme dadurch lösen zu wollen, daß Menschen zum Wegzug aus unserer schönen Heimatstadt aufgefordert werden.

Es versteht sich von selbst, daß wir daher Frau Dr. Eskandari-Grünberg wie auch den anderen von der Koalition vorgeschlagenen Kandidaten unsere Zustimmung verweigern und mit „NEIN“ stimmen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!